

**Verordnung
des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz
über gerichtliche Zuständigkeiten und Zuständigkeiten in
Justizverwaltungssachen
(Justizzuständigkeitsverordnung - SächsZustVOJu)¹**

Vom 14. Juli 1994

Es wird verordnet aufgrund von:

1. Anlage I Kapitel III Sachgebiet A Abschnitt III Nr. 1 Buchstabe n Abs. 1 Satz 1 des Einigungsvertrages in Verbindung mit Artikel 1 des Gesetzes vom 23. September 1990 (BGBl. II S. 885) und in Verbindung mit § 11 des Gesetzes zur Anpassung der Rechtspflege im Beitrittsgebiet (Rechtspflege-Anpassungsgesetz - RpfAnpG) vom 26. Juli 1992 (BGBl. I S. 1147) sowie § 1 Abs. 1 Nr. 5 der Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über die Übertragung von Zuständigkeiten zum Erlaß von Rechtsverordnungen im Bereich der Rechtspflege auf das Sächsische Staatsministerium der Justiz (Zuständigkeitsübertragungsverordnung Justiz - [ZustÜVJu](#)) vom 29. Juni 1994 (SächsGVBl. S. 1241), zuletzt geändert durch Verordnung vom 12. August 1998 (SächsGVBl. S. 479, 480),
2. § 93 Abs. 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Mai 1975 (BGBl. I S. 1077), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 11. Januar 1993 (BGBl. I S. 50), in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über Rechtsverordnungen im Bereich der Gerichtsbarkeit vom 1. Juli 1960 (BGBl. I S. 481) und mit § 1 Abs. 1 Nr. 19 [ZustÜVJu](#),
3. § 68 Abs. 3 Satz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 15. Juli 1992 (BGBl. I S. 1302), in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Nr. 18 [ZustÜVJu](#),
4. § 3 Abs. 3 des [Gesetzes über die Organisation der Gerichte und Staatsanwaltschaften im Freistaat Sachsen \(Sächsisches Gerichtsorganisationsgesetz - SächsGerOrgG\)](#) vom 29. April 1994 (SächsGVBl. S. 1009),
5. Artikel 7 § 1 Abs. 2a Satz 1 des Gesetzes zur Vereinheitlichung und Änderung familienrechtlicher Vorschriften (Familienrechtsänderungsgesetz) in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 400-4, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 24. Juni 1994 (BGBl. I S. 1374, 1375) in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Nr. 23 [ZustÜVJu](#),
6. § 2 Abs. 2 Satz 1 der Insolvenzordnung (InsO) vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2866), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 16. Dezember 1997 (BGBl. I S. 2968, 2969), in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Nr. 23 [ZustÜVJu](#).²

§ 1

Zuständigkeitskonzentration

(1) Die Konzentration von Verfahrenszuständigkeiten bei Amtsgerichten, Landgerichten, Verwaltungsgerichten und Sozialgerichten ergibt sich aus der Anlage 1 zu dieser Verordnung.

(2) Für anhängige Verfahren verbleibt es unbeschadet des Artikel 3 § 1 des [Gesetzes zur Organisation der Gerichte und Staatsanwaltschaften im Freistaat Sachsen sowie zur Ausführung von Verfahrensgesetzen](#) vom 29. April 1994 (SächsGVBl. S. 1009) bei der bisherigen Zuständigkeit, mit Ausnahme der beim Amtsgericht Döbeln anhängigen Verfahren in Landwirtschaftssachen, die auf das Amtsgericht Oschatz übergehen.

§ 2

Kammern für Handelssachen

Bei allen Landgerichten werden für deren Bezirke Kammern für Handelssachen gebildet.

§ 3

Bußgeldverfahren

(1) Bei einem Einspruch gegen einen Bußgeldbescheid des Regierungspräsidiums Chemnitz aufgrund der §§ 24 und 24a des Straßenverkehrsgesetzes ist, soweit die Ordnungswidrigkeit oder eine der Ordnungswidrigkeiten auf Bundesautobahnen begangen wurde, das Amtsgericht zuständig, in dessen Bezirk die Ordnungswidrigkeit oder eine der Ordnungswidrigkeiten begangen worden ist oder der

Betroffene im Zeitpunkt des Einspruchs seinen Wohnsitz hat, sofern der für die Zuständigkeit maßgebliche Ort im Freistaat Sachsen liegt. § 37 Abs. 3 OWiG gilt entsprechend.

(2) Läßt sich nach Absatz 1 die örtliche Zuständigkeit nicht bestimmen, ist das Amtsgericht Chemnitz zuständig.

§ 4

Auswärtige Zivilkammern und auswärtige Kammern für Handelssachen des Landgerichts Zwickau in Plauen

Für den Amtsgerichtsbezirk Plauen werden zwei auswärtige Zivilkammern und eine auswärtige Kammer für Handelssachen des Landgerichts Zwickau in Plauen gebildet.

§ 5

Auswärtige Strafvollstreckungskammern

(1) Für den Amtsgerichtsbezirk Döbeln wird eine auswärtige Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Leipzig in Döbeln gebildet.

(2) Für den Amtsgerichtsbezirk Torgau wird eine auswärtige Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Leipzig in Torgau gebildet.

(3) Für den Amtsgerichtsbezirk Stollberg wird eine auswärtige Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Chemnitz in Stollberg gebildet.

(4) Für den Amtsgerichtsbezirk Plauen wird eine auswärtige Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Zwickau in Plauen gebildet. Der auswärtigen Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Zwickau in Plauen werden die Zuständigkeiten übertragen, die nach § 78b Abs. 1 GVG in der Besetzung mit einem Richter zu treffen sind.

§ 6

Zweigstellen der Amtsgerichte

(1) Amtsgerichtliche Zweigstellen werden in den Bezirken der folgenden Amtsgerichte gebildet:

1. Amtsgericht Eilenburg
Zweigstelle Delitzsch;
2. Amtsgericht Grimma
Zweigstelle Wurzen;
3. Amtsgericht Pirna
Zweigstelle Neustadt/Sachsen.

(2) Die Zweigstellen nach Absatz 1 sind vorbehaltlich der Geschäftsverteilung für sämtliche amtsgerichtlichen Geschäfte zuständig, mit Ausnahme der

1. Angelegenheiten, deren Erledigung durch Gesetz oder Rechtsverordnung bestimmten Amtsgerichten übertragen ist,
2. Schöffen- und Jugendschöffengerichtssachen,
3. Familiensachen nach § 23b Abs. 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes,
4. Strafsachen nach dem Betäubungsmittelgesetz.

(3) Ferner werden amtsgerichtliche Zweigstellen als Grundbuchämter in den Bezirken der folgenden Amtsgerichte gebildet:

1. Amtsgericht Aue
Grundbuchamt Schwarzenberg;
2. Amtsgericht Dippoldiswalde
Grundbuchamt Freital;
3. Amtsgericht Freiberg
Grundbuchamt Oederan;
4. Amtsgericht Riesa
Grundbuchamt Großenhain;
5. Amtsgericht Zwickau

Grundbuchamt Zwickau mit Sitz in Werdau.

Diese sind in ihrem Bezirk für die Führung der Grundbücher zuständig. Weitere amtsgerichtliche Zuständigkeiten sind diesen Zweigstellen vorbehaltlich der Regelung in § 7 nicht zugewiesen.

(4) Die Bezirke der Zweigstellen nach Absatz 1 und Absatz 3 umfassen die in der Anlage 2 zu dieser Verordnung bezeichneten Gemeinden.

(5) Ist in einem Amtsgerichtsbezirk die Zuständigkeit gemäß den Absätzen 1 bis 4 zwischen dem Hauptgericht und einer Zweigstelle aufgeteilt und wird aus Gemeinden oder Gemeindeteilen, die den verschiedenen Zuständigkeitsbereichen angehören, eine Gemeinde neu gebildet, so ist für diese das Hauptgericht zuständig.³

§ 7 Übergangsvorschrift

(1) Bis zur Schaffung der räumlichen Voraussetzungen werden amtsgerichtliche Zweigstellen als Grundbuchämter in den Bezirken der folgenden Amtsgerichte aufrechterhalten:

1. Amtsgericht Auerbach
längstens bis zum 31. Dezember 1999 das Grundbuchamt Reichenbach;
2. Amtsgericht Hainichen
längstens bis zum 31. Dezember 1999 das Grundbuchamt Rochlitz;
3. Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal
längstens bis zum 31. Dezember 1999 das Grundbuchamt Glauchau;
4. Amtsgericht Marienberg
längstens bis zum 30. Juni 1999 das Grundbuchamt Zschopau.

(2) § 6 Abs. 4 gilt entsprechend.⁴

§ 7a Justizverwaltung

Die der Landesjustizverwaltung nach dem Familienrechtsänderungsgesetz zustehenden Befugnisse werden auf den Präsidenten des Oberlandesgerichts Dresden übertragen.⁵

§ 8 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. August 1994 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz über gerichtliche Zuständigkeiten (Gerichtliche Zuständigkeitsverordnung – SächsGerZustV) vom 8. Dezember 1992 (SächsGVBl. S. 605) außer Kraft.

Dresden, den 14. Juli 1994

Der Staatsminister der Justiz
Steffen Heitmann

Anlage 1 (zu § 1 Abs. 1 SächsGerZustVO)⁶

Lfd. Nr.	Art der zu konzentrierenden Verfahren	zuständiges Gericht (AG = Amtsgericht LG = Landgericht VG = Verwaltungsgericht SG = Sozialgericht)	Zuständigkeitsbereich (Bezirke der aufgeführten Gerichte)
-----------------	--	---	--

1	Verfahren der Gesamtvollstreckung und der Insolvenzordnung sowie Führung der Güterrechts-, Handels-, Genossenschafts- und Partnerschaftsregister	AG Chemnitz	AG Annaberg AG Aue AG Auerbach AG Chemnitz AG Freiberg AG Hainichen AG Hohenstein-Ernstthal AG Marienberg AG Plauen AG Stollberg AG Zwickau		
		AG Dresden	AG Bautzen AG Dippoldiswalde AG Dresden AG Görlitz AG Hoyerswerda AG Kamenz AG Löbau AG Meißen AG Pirna AG Riesa AG Weißwasser AG Zittau		
		AG Leipzig	AG Borna AG Döbeln AG Eilenburg AG Grimma AG Leipzig AG Oschatz AG Torgau		
		2	Zwangsversteigerung, Zwangsverwaltung	AG Bautzen	AG Bautzen AG Hoyerswerda AG Kamenz
				AG Chemnitz	AG Annaberg AG Chemnitz AG Freiberg AG Hainichen AG Hohenstein-Ernstthal AG Marienberg AG Stollberg
				AG Dresden	AG Dippoldiswalde AG Dresden AG Meißen AG Pirna AG Riesa
				AG Görlitz	AG Görlitz AG Löbau AG Weißwasser AG Zittau
				AG Leipzig	AG Borna AG Döbeln AG Eilenburg AG Grimma AG Leipzig AG Oschatz AG Torgau

		AG Zwickau	AG Aue AG Auerbach AG Plauen AG Zwickau
3	Urheberrechtsstreitsachen, die in die Zuständigkeit der Amtsgerichte fallen (§ 104 Satz 1, § 105 Abs. 2 UrhG)	AG Leipzig	alle Amtsgerichte
4	Urheberrechtsstreitsachen, die in die Zuständigkeit der Landgerichte fallen (§ 104 Satz 1, § 105 Abs. 1 UrhG) und Klagen nach § 13 AGBG und Patentstreitsachen gemäß § 143 Abs. 1 PatG einschließlich der Streitigkeiten über Arzneimittel-Schutzzertifikate und Geschmacksmusterstreitsachen gemäß § 15 Abs. 1 GeschMG und Gebrauchsmusterstreitsachen gemäß § 27 Abs. 1 GebrMG und Gemeinschaftsmarkenstreitsachen nach § 125 e Abs. 1 MarkenG und Kennzeichenstreitsachen gemäß § 140 Abs. 1 MarkenG und Halbleiterschutzstreitsachen gemäß § 11 Abs. 2 des Halbleiterschutzgesetzes und Sortenschutzstreitsachen gemäß § 38 Abs. 1 des Sortenschutzgesetzes und Aktienrechtsstreitigkeiten gemäß § 98 Abs. 1 Satz 1 und § 132 Abs. 1 Satz 1 AktG und Entscheidungen nach § 27 EGAktG in Verbindung mit § 98 Abs. 1 Satz 1 AktG und Entscheidungen in umwandlungsrechtlichen Spruchverfahren nach § 305 UmwG in Verbindung mit §§ 15, 34, 176 bis 181, 184, 186, 196 und 212 UmwG und Sicherung der außenstehenden Aktionäre bei Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträgen (Entscheidungen nach §§ 304 Abs. 3 Satz 3, 305 Abs. 5 Sätze 2 und 3 AktG in Verbindung mit § 306 Abs. 1 Satz 1 AktG) und Auskunfts- oder Einsichtersuchen der Gesellschafter einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung gemäß § 51b Satz 1 GmbHG in Verbindung mit § 132 Abs. 1 Satz 1 AktG und Entscheidungen über die Bestellung von Verschmelzungs- und Spaltungsprüfern sowie den Ersatz von Auslagen und die Vergütung gemäß § 10 Abs. 1 UmwG in Verbindung mit § 44 Satz 1, § 48 Satz 1, § 60 Abs. 1, § 81 Abs. 2, § 100 Satz 1 und § 125	LG Leipzig	alle Landgerichte

UmwG sowie § 318 Abs. 5 Satz 2 des
Handelsgesetzbuches
und Entscheidungen nach § 320b Abs. 2
Satz 2 und 3 in Verbindung mit § 306 AktG
und
Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, für die nach
§ 87 GWB ausschließlich die Landgerichte
zuständig sind

5	Wettbewerbsstreitigkeiten nach § 27 Abs. 1 UWG, soweit nicht gleichzeitig Rechtsstreitigkeiten nach Nummer 4 dieser Anlage betroffen sind	LG Dresden LG Leipzig	LG Bautzen LG Dresden LG Görlitz LG Chemnitz LG Leipzig LG Zwickau
6	Binnenschiffahrtssachen gemäß § 2 des Gesetzes über das gerichtliche Verfahren in Binnenschiffahrtssachen	AG Torgau	alle Amtsgerichte
7	Landwirtschaftssachen gemäß § 1 des Gesetzes über das gerichtliche Verfahren in Landwirtschaftssachen und § 65 des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes	AG Bautzen AG Chemnitz AG Oschatz AG Zwickau	AG Bautzen AG Dippoldiswalde AG Dresden AG Görlitz AG Hoyerswerda AG Kamenz AG Löbau AG Meißen AG Pirna AG Riesa AG Weißwasser AG Zittau AG Annaberg AG Chemnitz AG Freiberg AG Hainichen AG Hohenstein-Ernstthal AG Marienberg AG Stollberg AG Borna AG Döbeln AG Eilenburg AG Grimma AG Leipzig AG Oschatz AG Torgau AG Aue AG Auerbach AG Plauen AG Zwickau
8	Verfahren gemäß § 217 BauGB	LG Chemnitz LG Dresden	LG Chemnitz LG Zwickau LG Bautzen LG Dresden LG Görlitz
9	Entscheidungen in Strafsachen einschließlich Jugendstrafsachen:		

- | | | |
|---|--|---|
| <p>a) soweit das Amtsgericht im vorbereitenden Verfahren oder im Hauptverfahren zuständig ist, sich das Verfahren gegen einen männlichen Beschuldigten richtet und wenn entweder</p> | <p>AG Bautzen

AG Chemnitz</p> | <p>AG Bautzen
AG Hoyerswerda
AG Kamenz

AG Annaberg
AG Chemnitz
AG Freiberg
AG Hainichen
AG Hohenstein-Ernstthal
AG Marienberg
AG Stollberg</p> |
| <p>aa) im vorbereitenden Verfahren nach den Bestimmungen der Strafprozeßordnung der zuständige Richter oder der Richter des nächsten Amtsgerichts oder der Richter des Amtsgerichts, in dessen Bezirk der Beschuldigte vorläufig festgenommen wurde, über die Anordnung, den Vollzug oder die Aufhebung der Untersuchungshaft zu entscheiden hat, oder</p> | <p>AG Dresden</p> | <p>AG Dippoldiswalde
AG Dresden
AG Meißen
AG Pirna
AG Riesa</p> |
| <p>bb) der Staatsanwalt gleichzeitig mit der Erhebung der öffentlichen Klage, dem Antrag auf Erlaß eines Strafbefehls oder dem Antrag auf Aburteilung im beschleunigten Verfahren die Anordnung der Untersuchungshaft beantragt, oder</p> | <p>AG Görlitz

AG Leipzig</p> | <p>AG Görlitz
AG Löbau
AG Weißwasser
AG Zittau

AG Borna
AG Döbeln
AG Eilenburg
AG Grimma
AG Leipzig
AG Oschatz
AG Torgau</p> |
| <p>cc) sich der Beschuldigte oder einer der Beschuldigten bei der Erhebung der öffentlichen Klage, dem Antrag auf Erlaß eines Strafbefehls oder dem Antrag auf Aburteilung im beschleunigten Verfahren in Untersuchungshaft oder in Strafhaft befindet oder gegen den Beschuldigten eine mit Freiheitsentziehung verbundene Maßregel der Besserung und Sicherung vollzogen wird oder in der angeklagten Sache ein vollziehbarer oder außer Vollzug gesetzter Haftbefehl besteht, oder</p> | <p>AG Plauen

AG Zwickau</p> | <p>AG Auerbach
AG Plauen

AG Aue
AG Zwickau</p> |
| <p>dd) nach den Bestimmungen des Gesetzes über die internationale Rechtshilfe in Strafrechtssachen das Amtsgericht die Haftentscheidung trifft</p> | | |

b) soweit das Amtsgericht im vorbereiteten Verfahren oder im Hauptverfahren zuständig ist, sich das Verfahren gegen eine weibliche Beschuldigte richtet und wenn eine der unter Nummer 9 Buchst. a genannten weiteren Voraussetzungen vorliegt.

AG Chemnitz

AG Annaberg
AG Chemnitz
AG Freiberg
AG Hainichen
AG Hohenstein-Ernstthal
AG Marienberg
AG Stollberg

AG Borna
AG Döbeln
AG Eilenburg
AG Grimma
AG Leipzig
AG Oschatz
AG Torgau

AG Aue
AG Auerbach
AG Plauen
AG Zwickau

AG Dresden

AG Dippoldiswalde
AG Dresden
AG Meißen
AG Pirna
AG Riesa
AG Görlitz
AG Löbau
AG Weißwasser
AG Zittau

AG Bautzen
AG Hoyerswerda
AG Kamenz

c) Ist wegen außergewöhnlicher Verkehrsschwierigkeiten die Vorführung von Beschuldigten bei dem Haftrichter innerhalb der vorgeschriebenen Frist nicht möglich, so ist in den Fallgruppen nach Nummer 9 Buchst. a und b insoweit auch das Amtsgericht zuständig, das ohne diese Vorschrift örtlich zuständig wäre.

- | | | |
|---|-------------|---|
| d) soweit das Landgericht in dem Verfahren zuständig ist, sich das Verfahren gegen eine weibliche Beschuldigte richtet und wenn entweder | LG Chemnitz | LG Leipzig
LG Chemnitz
LG Zwickau |
| aa) der Staatsanwalt gleichzeitig mit der Erhebung der öffentlichen Klage die Anordnung der Untersuchungshaft beantragt oder | LG Dresden | LG Bautzen
LG Dresden
LG Görlitz |
| bb) sich die Beschuldigte bei der Erhebung der öffentlichen Klage in Untersuchungshaft oder Strafhaft befindet oder gegen die Beschuldigte eine mit Freiheitsstrafe verbundene Maßregel der Besserung und Sicherung vollzogen wird oder in der angeklagten Sache ein vollziehbarer oder außer Vollzug gesetzter Haftbefehl besteht oder | | |
| cc) nach den Bestimmungen des Gesetzes über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen das Landgericht die Haftentscheidung trifft. | | |

§ 13 StPO bleibt unberührt. In den unter Buchstabe a, b und d genannten Fällen steht der Untersuchungshaft die einstweilige Unterbringung (§ 126a StPO) gleich.

- | | | |
|--|-------------|---|
| 10 Steuerstraftaten nach § 369 AO, den Steuerstraftaten gleichgestellte Taten und Ordnungswidrigkeiten, für die die Finanzbehörde nach § 36 Abs. 1 Nr. 1 OWiG die sachlich zuständige Verwaltungsbehörde ist | AG Chemnitz | AG Annaberg
AG Aue
AG Auerbach
AG Chemnitz
AG Freiberg
AG Hainichen
AG Hohenstein-Ernstthal
AG Marienberg
AG Plauen
AG Stollberg
AG Zwickau |
| | AG Dresden | AG Bautzen
AG Dippoldiswalde
AG Dresden
AG Görlitz
AG Hoyerswerda
AG Kamenz
AG Löbau
AG Meißen
AG Pirna
AG Riesa
AG Weißwasser
AG Zittau |
| | AG Leipzig | AG Borna
AG Döbeln
AG Eilenburg
AG Grimma
AG Leipzig
AG Oschatz
AG Torgau |
| 11 Wirtschaftsstrafsachen nach § 74 c Abs. 1 Nr. 1 bis 3, 5, 5a und 6 GVG | | |

- | | | |
|-----|---|---|
| 8. | Amtsgericht Marienberg
Grundbuchamt Zschopau | aus dem Landkreis Mittlerer Erzgebirgskreis für die Gemeinden Amtsberg, Börnichen/Erzgeb., Drebach, Falkenbach, Gehringswalde, Gornau/Erzgeb., Gießbach, Großolbersdorf, Hilmersdorf, Hopfgarten, Kleinolbersdorf-Altenhain, Krumhermersdorf, Scharfenstein, Schönbrunn, Streckewalde, Venusberg, Waldkirchen/Erzgeb., Wolkenstein und Zschopau |
| 9. | Amtsgericht Plauen
Grundbuchamt Oelsnitz | aus dem Landkreis Elstertalkreis für die Gemeinden Adorf, Arnoldsgrün, Bad Brambach, Bad Elster, Bösenbrunn, Dröda, Eichigt, Leubetha, Mühlental, Oelsnitz, Tirpersdorf und Triebel/Vogtl. |
| 10. | Amtsgericht Riesa
Grundbuchamt Großenhain | aus dem Landkreis Riesa-Großenhain für die Gemeinden Adelsdorf, Baßlitz, Beiersdorf, Ebersbach, Folbern, Großenhain, Kraußnitz, Lampertswalde, Lenz, Naunhof, Ponickau, Priestewitz, Quersa-Brockwitz, Reinersdorf, Sacka, Schönborn, Schönfeld, Strießen, Tauscha, Thiendorf, Weißig am Raschütz, Weßnitz, Wildenhain und Zabeltitz |
| 11. | Amtsgericht Weißwasser
Grundbuchamt Niesky | aus dem Landkreis Niederschlesischer Oberlausitzkreis für die Gemeinden Gebelzig, Groß-Radisch, Hähnichen, Horka, Kaltwasser, Klitten, Kodersdorf, Kreba-Neudorf, Lodenau, Mücka, Nieder-Neundorf, Niesky, Petershain, Quitzdorf am See, Rothenburg/O. L., Spree, Uhsmannsdorf, Uhyst, Waldhufen und Weigersdorf |
| 12. | Amtsgericht Zwickau
Grundbuchamt Zwickau mit Sitz
in Werdau | Kreisfreie Stadt Zwickau und Landkreis Zwickauer Land |

-
- 1 Überschrift neu gefasst durch [Artikel 1 der Verordnung vom 29. Dezember 1997](#) (SächsGVBl. S. 682)
 - 2 Eingangsformel geändert durch [Artikel 1 der Verordnung vom 29. Dezember 1997](#) (SächsGVBl. S. 682) und durch [Verordnung vom 4. Dezember 1998](#) (SächsGVBl. S. 668)
 - 3 § 6 geändert durch [Verordnung vom 25. November 1996](#) (SächsGVBl. S. 498), durch [Verordnung vom 27. April 1998](#) (SächsGVBl. S. 203) [Verordnung vom 4. Dezember 1998](#) (SächsGVBl. S. 668)
 - 4 § 7 neugefasst durch [Verordnung vom 4. Dezember 1998](#) (SächsGVBl. S. 668)
 - 5 § 7a eingefügt durch [Artikel 1 der Verordnung vom 29. Dezember 1997](#) (SächsGVBl. S. 682)
 - 6 Anlage 1 geändert durch [Verordnung vom 30. März 1995](#) (SächsGVBl. S. 105), durch [Verordnung vom 6. August 1996](#) (SächsGVBl. S. 369) und durch [Verordnung vom 4. Dezember 1998](#) (SächsGVBl. S. 668)

Änderungsvorschriften

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz zur Änderung der gerichtlichen Zuständigkeitsverordnung

vom 8. März 1995 (SächsGVBl. S. 105)

Zweite Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz zur Änderung der gerichtlichen Zuständigkeitsverordnung

vom 6. August 1996 (SächsGVBl. S. 369)

Dritte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz zur Änderung der gerichtlichen Zuständigkeitsverordnung

vom 25. November 1996 (SächsGVBl. S. 498)

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz zur Änderung der gerichtlichen Zuständigkeitsverordnung

vom 29. Dezember 1997 (SächsGVBl. S. 682)

Fünfte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz zur Änderung der gerichtlichen Zuständigkeitsverordnung

Justizzuständigkeitsverordnung

vom 27. April 1998 (SächsGVBl. S. 203)

Sechste Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz zur Änderung der gerichtlichen Zuständigkeitsverordnung

vom 4. Dezember 1998 (SächsGVBl. S. 668)